

**Gemeinsame Resolution der Verbandsgemeinde Gerolstein,
der beiden Städte Gerolstein und Hillesheim
und aller 36 Ortsgemeinden in der Verbandsgemeinde Gerolstein**

- zum Erhalt der stationären Grundversorgung am Krankenhaus Gerolstein,
- zur dauerhaften Sicherung des Notarztdienstes am Standort Gerolstein und
- zum 24-Stunden-Einsatz des Krankentransportwagens an sieben Tagen wöchentlich.

Auch nach der Resolution des Verbandsgemeinderates Gerolstein vom 12. März 2020 beobachten die Verbandsgemeinde Gerolstein, die beiden Städte Gerolstein und Hillesheim und die Menschen in unseren 36 Ortsgemeinden weiterhin mit großer Sorge die Situation des Krankenhauses Gerolstein und besonders die aktuellen Entwicklungen.

Zum Jahresende 2020 wurde die stationäre Chirurgie am Standort des Krankenhauses Gerolstein geschlossen. Im Nachgang wurde bekannt, dass der Chefarzt der Inneren Abteilung zum 30.06.2021 sein Arbeitsverhältnis gekündigt hat. Die Menschen im Gerolsteiner Land sind massiv verunsichert, wie sich die stationäre Grundversorgung weiterentwickeln wird.

Sollte die Grundversorgung entfallen, haben 4.800 Menschen – die überwiegend in der Verbandsgemeinde Gerolstein leben – im Einzugsbereich des Krankenhauses Gerolstein künftig mehr als 30 min. Pkw-Fahrstrecke, um das nächste Krankenhaus der Grundversorgung zu erreichen. Eine Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse in diesem für die Menschen besonders sensiblen Bereich, wie der Gesundheitsversorgung, ist darin nicht erkennbar. Die Patienten im Gerolsteiner Land dürfen künftig nicht zu Patienten "zweiter Klasse" werden.

Die Verbandsgemeinde Gerolstein, die beiden Städte und die Ortsgemeinden sehen neben dem Krankenhausträger auch die Landesregierung in der Pflicht, da die Krankenhausinvestitionsförderung und vor allem die Krankenhausplanung in deren Zuständigkeit fallen. Landesregierung und Krankenhausträger sind aufgefordert, alles dafür zu tun, das Krankenhaus Gerolstein mindestens in seinem jetzigen Bestand dauerhaft zu sichern. Darunter verstehen wir den Erhalt einer funktionierenden Inneren Abteilung, der Intensivbetten, chirurgischen Ambulanz und Psychiatrischen Fachabteilung.

Darüber hinaus ist die dauerhafte Sicherung des Notarztstandortes in Gerolstein für das Gerolsteiner Land unverzichtbar. Da für ein Krankenhaus der Grundversorgung neben einer Inneren Abteilung und einer Fachabteilung Chirurgie auch ein Notarztdienst gehört, ist diese Einrichtung dauerhaft zu sichern. Hier sind Landesregierung, Krankenhausträger, Kostenträger, kommunale Aufgabenträger und Sanitätsorganisationen aufgefordert, sich entsprechend einzusetzen und hinsichtlich einer Bestandsgarantie zu erklären.

Durch den Wegfall der stationären Chirurgie werden Patienten zu Zeiten außerhalb der chirurgischen Institutsambulanz in umliegende Krankenhäuser verbracht. Um durch Transporte von Leichtverletzten nicht den Rettungstransportwagen (RTW) zu binden, sollte der bereits vorhandene Krankentransportwagen (KTW) auch für die Zeiten zwischen 17 Uhr und 7 Uhr sowie am gesamten Wochenende (24 Stunden / 7 Tage pro Woche) einsatzbereit zur Verfügung stehen. So kann gewährleistet bleiben, dass für akute Notfälle der RTW vor Ort einsatzbereit ist. Die Verbandsgemeinde, die beiden Städte und die Ortsgemeinden fordern alle hierfür verantwortlichen Stellen auf, den KTW Einsatz zeitnah zu ermöglichen.

Die Kreisverwaltung Vulkaneifel wird gebeten, mit der für den Rettungsdienst zuständigen Behörde (Kreisverwaltung Trier-Saarburg für den Rettungsdienstbereich Trier) und dem Kostenträger unter Beteiligung des für den Rettungsdienst zuständigen Innenministeriums einen Runden Tisch zur dauerhaften Sicherung des Notarztstandortes und zur Ausweitung der Einsatzzeiten des Krankenhaustransportwagens einzuberufen.

Die Kreisverwaltung Vulkaneifel wird gebeten, in enger Abstimmung mit dem Land das Gesundheitskonzept des Landkreises weiterzuentwickeln, um eine qualitativ hochwertige und wohnortnahe Gesundheitsversorgung und den Aufbau eines regionalen Gesundheitsnetzwerks gemeinsam voranzutreiben.

Die zuständigen Stellen werden um Stellungnahme zu den Forderungen gebeten.

Hans Peter Böffgen
Bürgermeister

Uwe Schneider
Stadt Gerolstein

Gabriele Braun
Stadt Hillesheim

Franz-Josef Diederichs
Basberg

Erwin Schüller
Berlingen

Paul Becker
Berndorf

Elmar Malburg
Birgel

Christiane Stahl
Birresborn

Jürgen Clemens
Densborn

Wolfgang Schüssler
Dohm-Lammersdorf

Gottfried Wawers
Duppach

Edi Schell
Esch

Franz-Josef Hilgers
Feusdorf

Walter Schmidt
Gönnersdorf

Dirk Weicker
Hallschlag

Josef Simons
Hohenfels-Essingen

Norbert Bischof
Jünkerath

Rita Hoffmann
Kalenborn-Scheuern

Leo Emondts
Kerpen

Walter Schneider
Kerschenbach

Melanie Stellmes
Kopp

Rudolf Mathey
Lissendorf

Ewald Weidig
Mürtenbach

Egon Schommers
Neroth

Bernhard Jüngling
Nohn

Hans-Jakob Meyer
Oberbettingen

Dominik Kaiser
Oberehe-Stroheich

Andreas Maus
Ormont

Leo Meeth
Pelm

Ewald Hansen
Reuth

Marcel Ballmann
Rockeskyll

Rolf Hoffmann
Salm

Gottfried Hack
Scheid

Guido Heinzen
Schüller

Harald Schmitz
Stadtkyll

Sonja Blameuser
Steffeln

Alois Reinarz
Üxheim

Horst Well
Walsdorf

Ruxandra Gericke
Wiesbaum